

Antrag

des Abgeordneten Wetzel und der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

Einwanderung sowjetischer Juden in die Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich dafür zu sorgen, daß sowjetische Juden, die sich in ihrer Sicherheit bedroht sehen, in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen können;
2. einen Sonderfonds einzurichten, aus dem Integrationsmaßnahmen finanziert werden. Diese Mittel sollen insbesondere den Bundesländern, den Kommunen und den jüdischen Gemeinden für ihre Eingliederungsarbeit zur Verfügung gestellt werden;
3. in direkte Verhandlungen mit den Bundesländern einzutreten, um die Aufnahme sowjetischer Juden sicherzustellen;
4. im Rahmen der EPZ auf die übrigen westeuropäischen Regierungen einzuwirken, ihre Grenzen den sowjetischen Juden zu öffnen.

Bonn, den 24. Oktober 1990

Wetzel

Hoss, Frau Dr. Vollmer, Frau Birthler und Fraktion

Begründung

Der Wandel und die Demokratisierung in der Sowjetunion mit Glasnost und Perestroika haben Nationalismus und in dessen Folge Antisemitismus neu aufleben lassen.

Die sowjetischen Juden werden zu „Sündenböcken“ für die katastrophalen ökologischen, ökonomischen und geistigen Verhältnisse in der Sowjetunion erklärt. Die dramatische Einengung ihrer Existenzmöglichkeiten, die Bedrohung ihres Lebens wird von keiner Seite bestritten.

Wenn es sowjetische Juden gibt, die aus dieser Notlage heraus, trotz der deutschen Verbrechen am jüdischen Volk, in die Bundesrepublik Deutschland einwandern wollen, dann sind sie uns willkommen.

Zu gewährleisten, daß sowjetische Juden nach Deutschland einwandern können – wenn sie es wollen –, betrachten wir als ein ermutigendes Signal für die demokratische Zukunft der neuen deutschen Republik.